

Halle'sche Zeitung



Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Dessau monatlich RM. 1,25, vierteljährlich RM. 3,75, halbjährlich RM. 7,00, jährlich RM. 13,00. Postamtliche Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf 7801, 5608-5610. Postbezugsstelle: R. 6. Maschinen-Büro. - Postfachfoto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe Montag, 21. Oktober

Anzeigenpreis: Halle, Jägerstraße 14, Seite 26 bis 28, abends 10 bis 12 Uhr. Halle, Jägerstraße 14, Seite 26 bis 28, abends 10 bis 12 Uhr. Halle, Jägerstraße 14, Seite 26 bis 28, abends 10 bis 12 Uhr.

Amerikas Antwort an Oesterreich

Eine Ohrfeige für Wien

Wilson's Antwort an Wien

Als wir die Auflösung Oesterreichs in vier selbständige Staaten besprochen, haben wir unserer Ansicht dahin Ausdruck gegeben, daß Oesterreich-Ungarn zum mindesten von dem Standpunkt der Antwortorte Wilsons verdammt sein müßte. Die vorliegende Note scheint unsere damalige Auffassung zu bestätigen, denn ihre, allerdings noch weitergehenden Forderungen, bewegen sich ganz in der Richtung der „Neuordnung“ Oesterreichs. Der Präsident Wilson erkennt zwar an, daß die österreichische Regierung wohl mit der Anerkennung seines Befehls begonnen habe, aber er gibt gleichzeitig seinen Unmut darüber zu erkennen, daß man in Wien noch nicht so weit gegangen sei, als er erwarten zu können sich berechtigt halte. Da die Wiener Regierung jedoch geantwortet habe, daß sie immertin Recht verlor und sich dementsprechend, so erklärt der Präsident in Amerika nicht die Verhandlungen an, sondern erklärt nur, daß er den gegenwärtigen Verhandlungen nicht in Erwägung ziehen könne, und er deutet mit Bezug auf die Ungenauigkeit zugleich an, in welcher Weise man in Wien fortzufahren habe. Auch hinsichtlich der Forderungen gehen seine Forderungen weiter, als bisher geäußert worden ist. Wilson erinnert daran, daß die Forderungen in der Richtung gegen die Volksrechte kampfenden Föderation als neue kriegsführende Partei anerkannt seien und daß deshalb die in seinen Bedingungen festgelegten Bedingungen einer Ergänzung bedürftig seien. Diese Ergänzung wird jedenfalls in der Richtung zu liegen sein, daß der tschechische Staat, einschließlich der dort wohnenden Deutschen, also ganz Böhmen, aus dem österreichischen Staatsverbande ganz auscheiden soll und sich der Entente aus unmittelbarer Ansichtung zu fügen. Wilson hätte Oesterreich sämtliche tschechischen Gebiete zu entlassen, die als selbständiges Volk zum mindesten als Reich zwischen Deutschland und Oesterreich ständen und dem Deutschen Reiche von Eiben her in den Rücken fielen. Die Möglichkeit einer solchen Kombination scheint besonders dann ein, wenn man sich die Wilsonschen Forderungen bezüglich Polens und die Niederwerfung Bulgariens vergegenwärtigt. Durch die Bildung des selbständigen tschechischen Staates würde die direkte Verbindung mit Böhmen und von dort über die Ukraine und die Bessarabie in Ungarn mit dem bereits in den Händen der Entente befindlichen Bessarabien hergestellt sein. Die Entente könnte dann von Bessarabien bis Böhmen eine Amphibionne aufstellen und auf diese Weise Oesterreich-Ungarn ohne weiteres zu beherrschender Kapitulation zwingen. Was dann aber mit dem Deutschen Reiche geschieht, zumeist auch eine Erhebung Anhalts und Anhaltens in Betracht gezogen werden muß, kann man sich leicht vorstellen. Man sieht daraus, worauf die Wilsonsche Forderung auf die Tschechoslowaken abzielt und was die Entente mit der „Neuordnung“ Oesterreichs bezieht. Ein weiteres Gegenkommen Oesterreich-Ungarns würde tiefere Unterordnung in des Wortes eigenständiger Bedeutung sein und damit auch die Katastrophe des Deutschen Reiches nach sich ziehen.

Diesem vernünftigen Inhalt der Antwort Wilsons steht im Widerspruch der Entente, den sie antwortet. Der Präsident Wilson gibt sich als der Weisheitsrichter, dessen Urteil unter allen Umständen nachkommen ist. Die Note ist von einem Genuß durchdrungen, der in seiner zur Note getragenen Selbstverständlichkeit geradezu unerträglich wirkt. Wilson behandelt Oesterreich-Ungarn und Deutschland nicht als Amerika ebenbürtige Staaten, die einander gegenständig sind, auch noch etwas zu sagen haben, sondern als reumütige Arrindfänger zu behandeln, die jede Gemüts- und Willensänderung des Reiches einfach hinnehmen müssen. Selber kann man nicht sagen, daß die Weisheitsprüche eine solche Behandlung unerbittlich erscheinen. Wie im Privatleben, so wird auch im Völkerleben jeder Staat so behandelt, wie er es sich gefallen läßt.

Kriegsfrage und Friedensverhandlungen

(Erklärung unseres Sonderberichterstatters.)
Köthen, 19. Oktober.
Aus London wird gemeldet, daß die weitere Entwicklung der Kriegsfrage mit umso größerer Aufmerksamkeit verfolgt werde, als sie den Schlüssel der diplomatischen Aktion bilde. Während der in den letzten Wochen von den alliierten Staaten regierte Staatsministerin bisher als Beweis der unermüdbaren deutschen Niederlage betrachtet wurde, wird nunmehr aus der lauffähigen Räumung so wichtiger Punkte die Ozean-Brücke und Douai der Schluss gezogen, daß die deutsche

Staatsnote vom Staatsdepartement durch den schwedischen Gesandten in Washington an den Minister des Reiches in Schweden folgende Note gerichtet:

Staatsdepartement, 18. Oktober.

Rein Peril

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 7. ds. zu bekräftigen, worin Sie eine Mitteilung der K. u. K. Regierung von Oesterreich-Ungarn an den Präsidenten übermitteln. Ich habe jetzt den Auftrag von dem Präsidenten, Sie zu erwidern, so freundlich zu sein, der K. u. K. Regierung folgende Antwort zukommen zu lassen:

Der Präsident hält es für seine Pflicht, die Oesterreichisch-Ungarischen Regierung zu erklären, daß er den gegenwärtigen Vorschlag dieser Regierung wegen gewisser Ereignisse von größter Bedeutung, die seit Abgabe seiner Botsche vom 8. 10. sich ereignet haben und notwendigerweise die Geltung und die Verantwortlichkeit der Regierung der Vereinigten Staaten anbeten, nicht in Betracht ziehen kann. Unter den 14 Friedensbedingungen, die der Präsident damals formuliert, kam die folgende vor:

Freiwilligkeit ohne Rücksicht auf Verantwortlichkeiten unbefehligt das Ziel verfolgen, den strategischen Durchbruch und damit die Befreiung der Scheldtfront zu verhindern. Die Frontlinie mußte zuvor die Niederlegung der deutschen Front in Händen als großen militärischen Erfolg, läßt aber durchdringen, daß durch die Maßnahmen der deutschen Freizeitleitung die von General Koch angelegte Entsendung immer wieder verzögert wurde. In diesem Zusammenhang wird den Maßnahmen des Generals Maurice im „Duitsche“ eine besondere Bedeutung beigegeben. Der General tritt mit bemerkenswerter Entschiedenheit für die Auffassung entgegen, daß Deutschland bereits geschlagen sei und nicht in der einseitigen Durchführung der deutschen Operationen ein heftiges Moment, das unter Umständen die Sinne der Entente empfindlich beeinflussen könne.

Die Rheinlande als Pfand

Wer in Wirklichkeit die Imperialisten und Eroberer der Welt sind, zeigen uns die französischen Zeitungsstimmen. Der „Gaulois“ schreibt unter dem 6. Oktober: Bis zur vollständigen Wiederherstellung der (von den Deutschen) besetzten Gebiete müßte man den den deutschen Einfall zum Opfer gefallenen Franzosen und Belgiern die Städte und Dörfer der Rheinlande mit ihren Fabriken, Werkstätten, Wohnhäusern, und ihrem Ackerland — bei vorübergehender Verletzung ihrer Einwohner — zur Verfügung stellen. Dieselben würden sich dort einzufinden und das Land, die Wälder, Fabriken usw. für ihre Rechnung ausbeuten, bis sie wieder in ihre Heimat zurückgehen könnten... alles dies, wohlverstanden, ohne Rücksicht der empfindlichen Wirkung hinsichtlich des linken Rheinufers.

Dänemark fordert Schleswig

Die in Wilsons 14 Punkten formulierten Friedensbedingungen haben neben dem ausgezeichneten Willen des Volkes den Beweis des weiteren Erfolg gehabt, daß nun auch Dänemark seinen „Anspruch“ auf das deutsche Reichgebiet anmeldet. Die gesamte dänische Presse fordert die Abtretung von Nord-Schleswig in so ungestimmtem Tone, daß sich selbst die „Nord. Allg. Ztg.“ veranlaßt sah, aus ihrer — allerdings verhältnismäßig — Zurückhaltung herauszutreten. Sie meint, bei diesen Ansprüchen dürfe es sich um die Wiedervereinigung des Reiches 5 bis 600 Jahren und Oesterreich im Jahre 1806 geschlossenen Friedens von Prag handeln, worin der Kaiser von Oesterreich dem König von Preußen seine zwei Jahre früher erworbenen Rechte auf die Herzogtümer Schleswig und Holstein mit der Maßgabe abtrat, daß die Bevölkerung der nördlichen Dänische von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen. — In Reichstagskreisen wird davon gesprochen, daß die dänischen Wünsche sich bereits in einer offiziellen Note an die deutsche Regierung verhandelt hätten, in welcher dem Deutschen Reiches nachgefragt wurde, den 6 bis 600 Jahren endlich durchzuführen, nämlich dem Abschreiben von Schleswig-Holstein durch eine Volksabstimmung Gelegenheit zu geben, darüber zu entscheiden, ob er künftig zu Preußen oder zu Dänemark gehören sollte.

Den Vätern der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie, deren Platz unter den Nationen wie geküßt und geküßt zu sehen wüßten, sollte die Gelegenheit zur autonomen Entwicklung gemächt werden.

Seit dieser Zeit geschrieben und vor dem Kongreß ausgesprochen wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt, daß der Kriegszustand zwischen den Tschechoslowaken und dem deutschen und Oesterreichisch-ungarischen Reich besteht, und daß der tschechoslowakische Nationalrat eine de facto anerkannte Regierung ist, die mit der existierenden Autorität ausgestattet ist und die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschechoslowaken selbständig leitet.

Wir haben auch in der weitgehenden Weise die Verantwortlichkeit der nationalen Aspirationen der Tschechoslowaken nach Freiheit anerkannt. Der Präsident verhält sich nicht über die Freiheit, die diese „Autonomie“ dieser Völker als eine Grundbedingung des Friedens anerkennen, sondern er ist gewonnen, darauf zu bestehen, daß die Völker als solche und nicht als Richter darüber sein sollen, welche Nation ihre Aspirationen und ihre Auffassung von ihrem Rechte und ihrer Schicksale als Mitglied der Familie der Nationen bekräftigen muß.

„Volksminister an die Front!“

Es ist nicht so lange her, da konnten sich die demokratischen Parteien und Zeitungen gar nicht genug tun in der Befähigung der von der Obersten Seeresleitung und dem Kriegsminister im eingeordneten vaterländischen Vorkämpfe bei den hinter der Front und im Heimatgebiet befindlichen Truppen. Diese Vorkämpferarbeit bei den Truppen war notwendig, um auch dem letzten Mann immer wieder zum Bewußtsein zu bringen, wofür er kämpft und um ihn selbst wiederzukarrieren, ihn zu stärken und mit Vertrauen zu erfüllen. Auf die demokratische Agitation hin ist diese seelenstärkende Arbeit, die das Meer in einem langen Kriege ebenso notwendig braucht wie Munition und Munition, aber wohl größtenteils eingestell worden. Und was erleben wir nun unter der demokratischen Regierung? Da geht der Ruf durch die Verdächtigten „Volksminister an die Front!“ Die demokratischen Minister, Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre sollen an die Front gehen, um die Truppen über den wahren Stand der inner- und außerpolitischen Dinge aufzuklären. Woher nun mit einmal diese Sinnesänderung? Warum wird heute angeboten, was gestern verbannt wurde? Aber die Sache von dieser Seite anseht, wird sie inwahrlich durchzuführen. Es handelt sich hier um keine Sinnesänderung, sondern um konsequente Fortsetzung und Übertragung der politischen Agitation im Meer. Die früheren Vorkämpferarbeiten der Militärminister waren im Prinzip und — von verschwindenden Ausnahmen abgesehen — auch in der Praxis neutral, keiner Partei zu Liebe oder zu Reize. Die Seeresverwaltung stand über den Parteien und verfolgte nur den einen Zweck, die Truppen geistig zu erbauen, sie mit Mut und Übermut zu stärken. Die jetzt geforderten Vorträge aber werden reinen Parteicharakter haben, denn wir haben ja nicht eine nationale Einheitsregierung, sondern einseitige Parteiregierung, und wir wissen, daß sich die sozialdemokratischen Regierungsmittelglieder nur als Sozialdemokraten fühlen und betätigen sollen und dies auch tun. Den Truppen werden also sozialdemokratische Agitationen reden gehalten, und damit würde die Parteilichkeit in das Meer getragen werden. Was die Verwirklichung einer solchen Forderung aber für profanische Folgen haben muß, ist leicht durch die Erinnerung an das sozialistische Auftreten der russischen Volkspolizisten an der Front zu erkennen. Die Auffassung der russischen Armee durch die Volkspolizisten der Truppen sollte unserer Demokratie doch eine ernste Warnung sein. Aber es zeigt sich auch hier wieder, daß jede Demokratie des geschichtlichen Sinnes und des Bewußtseins für die Realitäten des Lebens verfehlt. Demokratie kann nicht an Dogmen und Prinzipien, die sie mit brutaler Gewalt, unbedacht über Wirklichkeit, zu realisieren bestrebt ist und damit doch nur unwillkürlich und niederträchtig Demokratie bedenkelt eben Aufzucht.

Volkschwärmerische Verwirrung in Balarin

Budapest, 19. Oktober.
Aus Sofia eingetroffene Berichte bezeugen, daß die bolschewistischen Verwirrungen in Balarin sich bereits zu einem Kampfe gegen die Regierungsbüro verwickelt haben. Auf Veranlassung der Regierung wurden mehrere Deputierte (sozialdemokratische), die einen heftigen Protest gegen die revolutionäre Bewegung stellen, verhaftet.

